

Neues Deutschland

07.07.2010 / Inland / Seite 2

Steuerprüfer statt »Kaputtsparen«

Sagel: Politikwechsel geht nur mit der LINKEN

Von Marcus Meier

Die Fraktion der Linkspartei in NRW mischt sich mit eigenen Vorschlägen in die haushaltspolitische Debatte ein. »Wir brauchen eine Umverteilung«, fordert Rüdiger Sagel für die Fraktion.



Ohne LINKE geht nichts: Bärbel
Beuermann und Wolfgang
Zimmermann
Foto: dpa

Rüdiger Sagel, haushaltspolitischer Sprecher der Linksfraktion, plädiert für eine Erhöhung der Einnahmen als Alternative zum »Kaputtsparen«. So wird die LINKE einen Antrag in den Landtag einbringen, zunächst mindestens 500 neue Steuerprüfer einzustellen und ebenso viele Ausbildungsplätze in der Finanzverwaltung zu schaffen. »Perspektivisch muss die Zahl der Stellen drastisch erhöht werden, denn jeder Steuerprüfer verschafft dem Land Mehreinnahmen von einer halben bis ganzen Million Euro pro Jahr.« Sagel bezieht sich bei diesen Aussagen auf Berechnungen der Deutschen Steuergewerkschaft. Das Ziel sei es, Steuer- und Betriebsprüfungen zu intensivieren, Steuerhinterziehung zu bekämpfen und so Steuereinnahmen zu generieren. Sagel hofft auf einen Zufluss von jährlich 250 Millionen Euro in den NRW-Landeshaushalt. In der Finanzverwaltung herrsche eine deutliche personelle Unterbesetzung, so Sagel. Das führe dazu, das Steuern nicht bezahlt würden, weil zu wenig Prüfungen stattfänden.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2005 rund 2000 diesbezügliche Stellen gestrichen. Darauf nimmt der Gesetzentwurf Bezug:

»In der Finanzverwaltung sind in den letzten Jahren von der CDU/FDP-Landesregierung massiv Stellen abgebaut worden. Gleichzeitig sind immer wieder zahlreiche Fälle von Steuerflucht auch aus NRW in Steueroasen wie die Schweiz bekannt geworden.« Das führe nicht nur zu Ungerechtigkeiten, sondern auch zu Einnahmeverlusten für die öffentlichen Kassen.

Darüber hinaus plädiert die Linksfraktion für den Abbau von Subventionen beispielsweise für den Flughafenausbau, den Neubau von Straßen und für »Lobbyorganisationen wie die Landwirtschaftskammern«. Sagel fordert Rot-Grün auf, Bundesratsinitiativen zur Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Spitzensteuersätze zu starten.

Der bisherigen schwarz-gelben Landesregierung stellt Sagel ein schlechtes Zeugnis aus. Noch-Finanzminister Helmut Linssen sei »der Rekordschuldenminister, der auf einem Kahlen Asten von 130 Milliarden Euro Gesamtschulden steht«, meint Sagel unter Bezug auf den bekannten Berg im Hochsauerland. Der Christdemokrat sei grandios gescheitert: »Statt den Haushalt zu konsolidieren, hat er Jahr für Jahr Millionen neuer Schulden aufgehäuft.« Auch habe er ein Desaster bei der Sanierung der Westdeutschen Landesbank (WestLB) fabriziert: »Das wird das Land auf Dauer noch weitere Milliarden Euro kosten.«

Auch in haushaltspolitischen Fragen sei ein Politikwechsel nur mit der LINKEN möglich, so Sagel. »Die FDP steht für das Motto »Privat vor Staat«, auch die CDU fährt einen unsozialen Sparkurs«.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/174718.steuerpruefer-statt-kaputtsparen.html>